

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Bei Anzeigen wird die einseitige
Zeile oder deren Raum mit 60 Pfg.
berechnet. Reklamezeile
Wiederholungen entsprechender Rabatt.
Girokonto Kreisbank Laasphe Nr. 89
Postbankkonto Köln 40449

Nummer 117

Laasphe, Samstag den 2. Oktober 1920

45. Jahrgang

Ämtliches.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungs-Präsidenten folgendes bestimmt:

Die Maul- und Klauenseuche ist neu ausgebrochen in der Gemeinde Birkelbach.

Sperrbezirk.

Den Sperrbezirk bildet die Gemarkung der Gemeinde Birkelbach.

Für diesen Sperrbezirk wird hierdurch die in meiner ersten Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 30. Juli d. Js. für die darin bezeichneten Bezirke getroffenen Bestimmungen der §§ 1 bis 7 in Geltung gesetzt.

Diese Verordnung tritt sofort mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Zu Weiterhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden gemäß § 74 bis 77 einschließlich des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519 ff) bestraft.

Berkeburg, den 23. September 1920.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Nachdem in einer Anzahl von Gemeinden im Kreise Wittgenstein die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt ist und in fast allen umliegenden Kreisen die Maul- und Klauenseuche herrscht, wird hierdurch auf Grund der §§ 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungs-Präsidenten für den Umfang des Kreises Wittgenstein folgendes bestimmt:

§ 1. Die Abhaltung von Klauenbiermärkten, sowie der Auktionsverkauf von Klauen- und Wollschaffmäulen ist verboten. Jahr- und Wochenmärkte, auch wenn auf ihnen Vieh nicht gehandelt wird, dürfen mit Klauenbier nicht besucht werden. Diese Verbote beziehen sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.

§ 2. Handel mit Klauenbier, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, ist verboten. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler und das Auffuchen und Notieren von Vieh durch Beauftragte des Viehhandelsverbandes für die Provinz Westfalen.

Ich beehalte mir vor, Ausnahmen zuzulassen.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 26. August d. Js. betreffend: Das Verbot der Abhaltung von Klauenbiermärkten im Kreise Wittgenstein wird aufgehoben.

Berkeburg, den 28. September 1920.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Zwei Gläser Wasser.

Kriminalroman von Hans Walsb.

16)

(Nachdruck verboten.)

„Ich werde es festhalten“, rief er übermütig, „sagen Sie ohne Sorge. Mir ist noch nichts entglitten, was ich in der Hand hatte. Das sollten Sie wissen.“

Eine geräuschvolle Heiterkeit folgte, und in ihrem Wogen schied niemand davon, daß ein hoher Mann sich Ewald hatte nähern wollen, aber jetzt, um nicht zu fliehen, hinter eine Portiere trat. Es war Dr. Schmieder, der sich mit seinen Damen entfernen wollte und herübergekommen war, auch Ewald gute Nacht zu sagen.

Ewalds Worte hatten die Heiterkeit des ausgelassenen Kreises noch gesteigert. Nicht zu flegelhaft, besser Ewald, rief einer dazwischen, der seit Jahren mit ihm bekannt war. „Denken Sie an Ihre erste Braut.“

„Ja, ja“, stimmte der Chorus ein. „Die hat sich zu trösten gewußt. Bei der schönen Beate waren Sie nicht der Müßiger und der Unwiderstehliche. Die Frauen haben auch ihren Kopf für sich verstanden, Mister Ewald.“

Dem war der Wein bedenklich zu Kopf gestiegen, und er nahm die ausgelassenen Scherze für herausfordernden Spott. „Die Frauen haben höchstens Lachen, und die muß man ihnen abgewöhnen. Wollen wir wetten, daß ich das bei jeder fertig bringe?“

„Ewald, nicht übertrieben!“

„Ewald, denken Sie an die schöne Beate!“

Er schüttelte in toller Laune mit den Fingern.

„Was macht das aus? Gar nichts!“

Ein allgemeiner Protest klang zurück. „Oho!“

Das sind Worte, für die jeder Beweis fehlt! Eine besonnenere Stimme wurde jetzt laut: „Meine Herren, wäre es nicht besser, wir ließen dies Gespräch fallen? Das sind doch alles Dinge, die uns nichts angehen.“

Die Mehrheit war einverstanden. Nur eine herausfordernde Meinungsäußerung wurde noch hörbar: „Weiter brauchen wir gerade nicht, aber was bleibt es“

Der deutsche Bericht in Brüssel.

Deutschlands finanzielle Lage ernst, aber nicht verzweifelt.

Die Brüsseler Finanzkonferenz nahm am Dienstag die mit großer Spannung erwarteten Berichte der amerikanischen und der deutschen Delegation entgegen. Auf der einen Seite Amerika, der große Gläubigerstaat, und auf der anderen Seite Deutschland, der schwer beladene Schuldnerstaat.

Der amerikanische Delegierte bestätigte die in letzter Zeit mehrfach geäußerte Vermutung, daß Europa weder auf Regierungshilfe noch auf private Kredite von amerikanischer Seite rechnen könne, weil Europa eine wesentliche Voraussetzung nicht biete: nämlich Stabilität und Frieden. Die europäischen Staaten seien immer noch wirtschaftlich einander feindlich und zerklüftet. Er glaubt, daß Europa erst dann begründete Hoffnung auf Kreditgewährung hegen könne, wenn die Feindschaft unter den Staaten beseitigt sei. Besser sei es aber auf seine eigene Hilfe angewiesen.

Die Rede Bergmanns.

Hierauf erteilte der Präsident dem Führer der deutschen Delegation Staatssekretär Bergmann das Wort zu seinem Bericht.

Der Redner legte die Finanzlage Deutschlands an Hand der bereits bekannten Ziffern ausführlich dar und führte dann weiter aus: „Um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, wird gegenwärtig in Deutschland eine Steuerreform größtenteils im Umfange durchgeführt. Vor allem werde neben dem Einkommen der Besitz auf das härteste zur Steuer herangezogen, nachdem schon vorher fast die gesamten Kriegsgewinne vom Reich mit Beschlag belegt wurden. Die deutsche Regierung ist aber in der Befähigung schon

bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Dabei ist sie von der Erwägung geleitet, daß jede Verminderung der Produktion vermieden werden muß. Die Reichsfinanzverwaltung kämpft ständig für die Jünchhaltung allergrößter Sparfamkeit, ihre Anstrengungen sind aber bisher zum Teil auf unüberwindliche Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage gestoßen. Soweit Ausgaben infolge des Krieges und der Bedingungen des Friedensvertrages notwendig geworden sind, lassen sich Ersparnisse nicht erzielen. Allein für die beiden Rechnungsjahre 1919/1920 mußten die Kosten der

Durchführung des Friedensvertrages mit 47 Milliarden Mark eingestuft werden. Die Unterhaltung des Deutschland auferlegten Soldatenheeres erfordert weit größere Ausgaben, als ein Heer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Alle diese Lasten sind von einem in seinen Grenzen und seinen Erwerbsquellen wesentlich verengten Wirtschaftskörper zu tragen. Auf der anderen Seite macht der

Zustand der Ernährung und Kleidung sowie die Entlohnung des Landes von Rohstoffen eine sehr erhebliche Einfuhr dringend erforderlich. Die allgemeine Teuerung steigert sich für Deutschland in einem ungewöhnlichen Maße durch die fast völlige Entwertung des deutschen Geldes. Mit der Entwertung der Mark im Ausland steht das Anrücken des Papiergeldumschlages in Deutschland in engem Zusammenhang. Mit den wachsenden Steuereingängen hoffen wir es doch allmählich

die Notenproduktion zum Stillstand zu bringen und damit auch der Inflationsverschärfung entgegenwirken zu können. Trotz der bestehenden unerfreulichen Verhältnisse haben wir jedoch Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt. Wer uns, angesichts der Zustände prüft, wird finden, daß Deutschland doch allmählich wieder zur Ordnung zurückkehrt, und daß erkennbarerweise auch der Wille zur Arbeit überall im Lande sich wieder kräftig regt. Um die Wirtschaftsverhältnisse zu stabilisieren und um den internationalen Verpflichtungen in gerechter und verständlicher Weise nachkommen zu können, muß Deutschland in seinem wirtschaftlichen Leben mindestens so weit gehoben werden, daß es an dem Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen kann.“

Guter Eindruck der Rede Bergmanns.

Staatssekretär Bergmann sprach unter voller Aufmerksamkeit des Hauses. Die Rede war durch keinerlei Kundgebungen unterbrochen. Als er geendet hatte, wurde ihm allseitig Beifall zuteil, dem sich auch der englische Delegierte Lord Chalmers und der einzige anwesende belgische Delegierte anschloßen. Der Brüsseler „Soir“ hebt das gute Französisch hervor, in dem die Rede gehalten wurde. Die Brüsseler Presse gibt die Rede durchweg sehr ausführlich wieder, ohne sie wesentlich zu kommentieren.

Die Bildung der ersten Unterkommission von acht Mitgliedern zur Behandlung der Frage der öffentlichen Finanzen ist erfolgt. Vertreten sind Frankreich, England, Italien, Belgien, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Deutschland. An Stelle von Staatssekretär Bergmann, der auf einige Tage nach Paris zurückgehen muß, wird Staatssekretär Schröder der Deutschen Delegation vertreten. Die Kommission hat ihre Beratungen bereits aufgenommen. Sie wird beraten über die budgetäre Frage, über die Aufnahme einer internationalen Anleihe und die Fundierung auswärtiger Schulden.

Besprechung der Wiedergutmachung in Paris.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation in Brüssel, Staatssekretär Bergmann, wird sich Ende dieser Woche auf einige Tage nach Paris begeben. Seine Reise trägt jedoch keineswegs einen politischen Charakter.

„Gut, daß Sie da sind, Herr Doktor! Kommen Sie, lassen Sie uns zusammen noch eine Freundschaftsflasche auf Ihr ganz Spezielles trinken. Die Schwachköpfe, meine Freunde, haben alle das Hafenpanier ergötzt. Wir beide können ja etwas mehr vertragen. Bitte, da ist ein Tisch!“

Jetzt erst bemerkte er, daß Dr. Schmieder sich auf fallend reserviert verhielt und ein sonderbar ernstes Gesicht machte. Ueberrascht fragte er: „Aber was haben Sie denn? Wollen Sie nicht mehr bleiben? Seien Sie doch nicht so zugeknöpft.“

„Ich bedauere, Ihrer Einladung nicht entsprechen zu können“, versetzte Dr. Schmieder in knappem Ton. „Aber ich muß Sie bitten, mir morgen nachmittag die Ehre Ihres Besuchs in meiner Wohnung zu schenken. Wollen Sie die Stunde bestimmen?“

Ewald war erstaunt. „Aber, was gibt es denn? Wollen Sie etwa mein Bankkonto mit mir durchsehen? Herr, machen Sie doch um eine Lappalie nicht so große Geschichten, Sie Krösus, Sie. Im übrigen hoffe ich, Ihre Forderung sofort begleichen zu können.“ Er dachte an Floras Vater.

Dr. Schmieder ging auf dies alles nicht ein, keine Muskel zuckte in dem ausdruckslosen Gesicht, aus dem alter Frohsinn dieses heiteren Abends fortgewischt zu sein schien.

„Können Sie etwa um fünf Uhr morgen nachmittag?“ Und als der verblüffte Ewald nicht antwortete, fuhr er in bestimmtem Ton fort: „Also ich erwarte Sie um fünf Uhr.“

„Aber ich weiß nicht, es könnte doch etwas dazwischen kommen“, flötete Ewald mehr, als er sprach. „So werden Sie aber dafür sorgen, daß diese Zwischenfälle beseitigt werden“, antwortete Dr. Schmieder, und seine Stimme klang nicht allein bestimmt, sondern streng. „Ich könnte auch keine Entschuldigungen annehmen — und bitte, sich danach zu richten.“

Damit drehte er sich um und ging, ohne ihm die Hand zu reichen, ja ohne selbst einen Abschiedsgruß zu sprechen.

Der Zurückbleibende war wie vor den Kopf geschlagen, alle Geister des Weins waren im Ru verflohen. Was hatte das zu bedeuten? Sein Bankkarr

Fatter. Sie dient nur der Erledigung einiger jähres-
wender Angelegenheiten, welche die Wiederherstellung
betreffen. Staatssekretär Bergmann, der am Montag
nächster Woche zurückkehrt wird, wird inzwischen
durch den Staatssekretär Schröder vertreten werden.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 29. September 1920.

Obstruktion der Unabhängigen.

Die heutige Tagesordnung hat das Mißfallen der
Unabhängigen erregt. Sowohl die Anträge zum Gesetz
Groß-Berlin als auch die für heute abends anbe-
traumte Schlußabstimmung über das Kirchenaus-
trittsgesetz sollen auf ihren Wunsch von der Tages-
ordnung abgesetzt werden. Der Präsident läßt jedoch
abstimmen. In der Abstimmung wird der Antrag auf
Abhebung von Groß-Berlin abgelehnt. Hierauf findet
die namentliche Abstimmung über das Kirchenaustritts-
gesetz statt. Vor der Abstimmung verlassen die beiden
sozialdemokratischen Gruppen den Saal. Es ergibt sich
hierbei, genau wie am letzten Donnerstag, die Beschluß-
unfähigkeit des Hauses. Es sind nur 182 Stimmen ab-
gegeben worden, während zur Beschlußfähigkeit 202
Stimmen erforderlich sind. Der Präsident beraumt dar-
auf eine neue Sitzung an.

Groß-Berlin.

Nach kurzer Pause tritt das Haus zu einer zweiten
Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht jetzt
der Bericht des Ausschusses über die Währungs-
anträge zum Gesetz Groß-Berlin. Der Ausschuss hat die
Vorlage dahin abgeändert, daß von den 30 Magistrats-
mitgliedern mindestens 12 unbefolgt sein müssen.
Ferner sollen die Bezirksbürgermeister und ihre Stell-
vertreter nicht vom Magistrat, sondern von den Bezirks-
versammlungen gewählt werden. Schließlich wird noch
bestimmt, daß der bisherige Berliner Magistrat die Ar-
beiten fortführt, bis der Magistrat der neuen Stadt-
gemeinde Berlin gebildet ist.

Ein erneuter Antrag der Unabhängigen auf Ab-
setzung dieser Anträge wird abgelehnt.

Nach längerer Debatte, in deren Verlauf die Redner
der beiden sozialistischen Parteien sich gegen die Aus-
schußanträge aussprechen, und dabei das Gespenst des
Generalstreiks an die Wand malen, werden die Anträge
gegen die sozialistischen Stimmen angenommen. Dar-
auf ist die zweite Lesung der Anträge beendet.

Hieran schließt sich noch eine kurze Aussprache über
die Ernährungsverhältnisse und die Kartoffelverfor-
gung. Dann vertagt sich das Haus auf Donner-
stag. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen und kleine
Vorlagen.

Bessere Kartoffelversorgung?

Ausgestaltung des unregelmäßigen Zwischenhandels. — Kon-
zessionierung des Kartoffelhandels?

Zur Besprechung der brennend gewordenen Frage
der Kartoffelversorgung fand am 28. Septem-
ber in der Reichskartoffelstelle unter Leitung des Reichs-
ministers für Ernährung und Landwirtschaft die
sich seit längerer Zeit angekündigte Verhandlung statt,
an der neben Vertretern der Behörden Vertreter der
Landwirtschaft, der Kommunalverbände und des Han-
dels, eine sehr große Anzahl Verbrauchervertreter, ins-
besondere Vertreter der zentralen Gewerkschafts-, An-
gestellten- und Beamten-Verbände teilnahmen.

In einer Unterkommision, in der alle Gruppen
vertreten waren, wurden folgende Richtlinien für die
Kartoffelversorgung übereinstimmend aufgestellt:

1. Im freien Verkehr soll ein Erzeugerpreis von 25
Mark je Zentner für Herbstkartoffeln nicht überschritten
werden. Wo es die Kosten der örtlichen Produktion ge-
statten, soll angestrebt werden, den Preis soweit wie mög-
lich unter diese Grenze zu senken.

2. Es sollen sofort durch das Reichsministerium für
Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen
veranlaßt werden, unverzüglich für einzelne Produktions-
gebiete Verhandlungen zwischen Erzeugern und
Verbraucherorganisationen herbeizuführen, um
eine Versorgung der Bevölkerung auf der in Ziffer 1
angegebenen Grundlage sicher zu stellen. Dabei muß der
unregelmäßige Zwischenhandel zwischen Verbraucher und
Erzeuger ausgeschaltet werden. Der Handel wird sich
mit einer möglichst geringen Gewinnspanne begnügen.

3. Bei den Verhandlungen ist zugleich anzustreben,
daß von den Verbraucherorganisationen die Lieferung bestimmter
Mengen zu dem örtlich zu vereinbarenden Preise vertrags-
mäßig übernommen wird.

4. Die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai 1920
abgeschlossenen Lieferungsverträge bleiben in Kraft.

Die an der Versammlung beteiligten Spitzenor-
ganisationen erklärten sich bereit, auf ihre Unterorgani-
sationen einzuwirken, für die Durchführung der vor-
stehenden Richtlinien.

Weiter trat ihm so kalt gegenüber wie ein Fremder.
Beinahe war sein Verhalten so, als handele es sich um
eine Herausforderung zum Zweikampf, als stelle er
den Kartellträger dar oder gar den Beleidigten. Aber
das war ja Unfug!

Was konnte da geschehen sein?

Erst als er den ganzen Abend über kaum ein Duzend
gleichgültiger Worte gewechselt. Und was Beate und
er während des Tages mit einander gesprochen hatten,
das ging nur sie beide an.

Da wurde es ihm wie ein Blitz durchs Hirn: Die
Perlenkette Beates. Wenn Dr. Schmieder aus irgend-
einem Anlaß Verdacht geschöpft und von der Kette er-
fahren hatte, daß er, Erwin, das Schmiedstück einige
Zeit in Händen gehabt hatte?

Das konnte es nur sein, wenn es auch selbst
war, daß Dr. Schmieder dies alles gerade heute Abend
in den lustigen Ballstunden erfahren haben sollte. Aber
der Zufall spielt ja oft so wunderbar. Warum also
nicht auch heute?

Die Sache war fatal. Aber mit der nötigen Por-
tion Zurechtweisung gewappnet hoffte er die Attacke schon
überleben zu können. Und schließlich den Kopf konnte
es ihm in keinem Falle kosten.

Da fiel ihm noch ein ein: Wenn nur Flora in
ihrer Unterhaltung mit Dr. Schmieder keine unbedachten
Einblendungen gemacht hatte, die diesen zu seinem Ver-
dachte geführt hatten.

(Fortsetzung folgt.)

stehenden Richtlinien mit allem Nachdruck einzutreten.
Die Reichsregierung erklärte sich auch ihrerseits bereit,
sich mit allem Nachdruck für die Durchführung dieser
Richtlinien, insbesondere für den unverzüglichen Ab-
schluß der vorgesehenen Vereinbarungen, einzusetzen.
Im unlauteren Preistreibeigen zu begegnen, erklärte
sich die Reichsregierung auf Wunsch der Gewerkschaften
weiter bereit, den Regierungen der Länder die Kon-
zessionierung des Kartoffelhandels drin-
gend zu empfehlen. Auf Grund des Verhandlungs-
ergebnisses glaubt die Reichsregierung in Uebereinstim-
mung mit sämtlichen Organisationen mit rechnen zu
dürfen, daß fortan die Kartoffelversorgung der Be-
völkerung in ruhiger und alle Teile befriedigender
Weise erfolgt.

Frisches Komplott in London.

Bombenanschläge gegen Regierungsgebäude.

Die britische Regierung hat von einer ausgedehnten
irischen Verschwörung in London Kenntnis er-
langt. Ueber 100 angegebene Persönlichkeiten sollen
ernsthaft kompromittiert sein. Zahlreiche Gerüchte füllten
den Abendblätter. Darunter soll eine größere An-
zahl von Sinnen in den letzten drei Wochen nach
London gekommen sein, um im Falle des Todes des
Lordmarch von Cork das Frische Amt und das
Stadtamt in die Luft zu sprengen. Der Plan
soll bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet sein.
Die Explosivstoffe hätten in Automobilen vor die beiden
Regierungsgebäude gebracht und mittels einer Zünd-
einrichtung zu einer bestimmten Zeit zur Explosion
gebracht werden sollen. Angeblich stehen einige sen-
sationelle Verhaftungen bevor.

Unterdessen geht der Kleinkrieg in Irland weiter.
Dienstag nacht gab es in Belfast 20 Verletzte, zahl-
reiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Keine
Truppen wurden zur Verstärkung der ohnedies schon
vergrößerten Besatzung nach Belfast entsandt. In West
Clare wurden von Unbekannten Maueranschläge ange-
legt, die das Niederbrennen von fünf Ortschaften
andeuteten, falls ein seit einigen Tagen
verschundener Kapitän Landrum nicht innerhalb 48
Stunden wieder auf tauche. Der größte Teil der Be-
völkerung dieser Orte ist bereits geflüchtet.

Politische Mundschau.

Reichsfürst Fehrenbach hat sich nach Mün-
chen begeben, um mit dem bayerischen Ministerpräsidenten
Dr. v. Kahr über die aktuellen politischen Fragen zu
sprechen, insbesondere über die föderalistischen Bestrebun-
gen in Bayern.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages
wurde der Entwurf einer Verordnung über die Verlänger-
ung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 8.
September 1919 einstimmig angenommen.

Am 2. Oktober findet in Essen eine Zusammen-
kunft Industrieller und Wirtschaftspolitiker
statt, wobei in erster Linie die Frage des Abbaues und die
Wahl von Vertretern-Wirtschaftsräten behandelt werden. Der
Bundesminister hat sein Erscheinen zugesagt.

Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen ist jetzt
bereits auf über 29 Prozent der Arbeitslosenziffer ganz
Deutschlands gestiegen und hat somit fast ein Drittel der
Reichszahl erreicht.

Präsident Millerand hat ein Telegramm vom
Präsidenten Wilson erhalten, in dem er ihn zu seiner
Wahl beglückwünscht.

Zur Regelung des litauisch-polnischen
Streitfalls hat der Völkerbund eine internationale Kon-
trollkommission nach Suwalki entsandt.

Die russisch-polnische Friedenskonferenz in Riga
hat vier Kommissionen ernannt, die sich mit der
Frage der Waffenstillstandsbedingungen, der Grenzlinie und
mit wirtschaftlichen Fragen befassen werden.

Der kommunistische Kongress der orientalischen Völker
in Kairo wurde mit der Errichtung einer Marx-Statue be-
endet, bei welcher Feiler der frühere türkische Kriegsminister
Enver Pascha eine Rede hielt.

In Mexiko-Stadt haben Bolschewiken den National-
palast gestürmt und die rote Flagge gehißt.

Keine Preußenwahl in diesem Jahre.

Der Bericht des Verfassungsausschusses soll spä-
stens Ende Oktober der Vollversammlung vorgelegt
werden. Ueber die Dauer der Tagung wird der
Verfassungsrat in den nächsten Tagen entscheiden. In den
Mehrheitsparteien ist man der Ansicht, daß an Neu-
wahlen in diesem Jahre nicht mehr gedacht werden
kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Landes-
versammlung versuchen, außer der Verfassung und dem
Wahlgesetz sowie den dazu gehörigen vorläufigen Ver-
waltungsreformen (Wahlgesetz zum Provinziallandtag
usw.) auch die Befolgungsgesetze, die Deckungsvorlagen
und den Etat für das laufende Jahr zu verabschieden.
Der Entwurf betreffend die Wahlen zu den Pro-
vinziallandtagen und zu den Kreisräten ist der
preussischen Landesversammlung zugegangen. Die
Wahlperiode ist vier Jahre. Die bestehenden Land-
tage und Kreistage werden zu Beginn des neuen Jah-
res aufgelöst.

Ein Reichsforstgesetz ist von der Reichsregie-
rung ausgearbeitet und zur Begutachtung der Regie-
rungen der Länder und dem Reichsforstwirtschafts-
rat unterbreitet worden. Sämtliche Waldungen im
Reich sollen den Bestimmungen des Gesetzes unter-
stehen. Als Wald gelten alle Grundstücke, die zur
Holzzucht bestimmt sind. Die Ueberführung von
Waldboden in eine andere Benutzungsart ist für genehmigungs-
pflichtig zu erklären (Waldrodung, Waldaus-
stodung). Das Landesgesetz kann 1. für Grundstücke,
die ohne triftigen Grund der Holznutzung entzogen
worden sind, 2. für Künften, 3. für solche Deblän-
dereien, die sich an vorteilhaftesten zur forstlichen Be-
nutzung eignen, die Aufforstung anordnen. Abgeholzte
Flächen sind innerhalb einer Frist von drei Jahren
wieder in Befodung zu bringen. Waldanweisungen
zur weiteren forstlichen Benutzung der Teilfläche sind
verboten. — Der Entwurf hat die Billigung des Reichs-
forstwirtschaftsrates gefunden, hingegen hat er die von
dem sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Aus-
schuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschlossene
Sozialisierung der Holzwirtschaft grundsätzlich
abgelehnt. Sie sei auch praktisch undurchführbar, weil

Holz kein einheitlicher Rohstoff ist und die Erzeugung
des Holzes im Walde sowie die Verarbeitung zu den
unendlich vielen Verwendungszwecken nach einem fest-
gelegten Plan nicht geregelt werden kann.

Österreich: Graf Czernin als Wahlkandidat.

In einer Versammlung der Bürgerarbeitspartei im
Wien entwickelte der ehemalige Außenminister Otto Graf Czernin,
der sich im ersten Wiener Wahlkreis um ein Mandat
für die Nationalversammlung bewirbt, sein Programm. Er
kritisierte die Zustände in Österreich, wo die Freiheit im
bölligen Gesetzlosigkeit und Anarchie ausgeartet sei. Alle
ruhigen Arbeiter und vernünftigen Kreise schenken sich nach
einer starken Regierung. Redner kritisierte die enormen
Kosten der Armee und forderte das Bürgertum auf, sich zu
bewaffnen, um sich seiner Haut zu wehren und am 17. Ok-
tober nur Männer zu wählen, welche weder offen noch
versteckt die Diktatur des Proletariats anstreben. Graf Czernin
erklärte sich für den Anschluß an Deutsch-
land, den auch die erdrückende Mehrheit Österreichs wolle.
Man werde auf die Dauer das Selbstbestimmungsrecht nicht
missachten können.

Frankreich: „Reine Einmischung in die innere Politik Deutschlands“.

Der neue Premierminister Begues empfing die
Vertreter der Pariser Presse und besprach mit ihnen in
großen Zügen die auswärtige Politik Frankreichs. Er er-
klärte: Frankreich ist zu keinen weiteren Zugeständnissen be-
reit. Es wird sich aber auch nicht in die innere Politik
Deutschlands einmischen und wird keinerlei Versuche unter-
nehmen, Sittenverfall und moralischen Verfall zu bekämpfen.
Frankreich wird aber seine diplomatische und wirtschaftliche Tätigkeit
nach allen Richtungen ausdehnen suchen. — Ein selbstjamer
Widerstand!

Italien: Die Schaffung des Arbeitsrechts.

Im Senat teilte Giolitti mit, man beschäfigte,
den Geschäftsgang der Industrie derartig umzugestalten, daß
die Arbeiter in der Lage sind, die Bedingungen, unter denen
sie arbeiten, zu kennen und sich darüber Rechenschaft abzu-
legen, ob ihre Forderungen angebracht sind oder nicht.
Der Ministerpräsident hat über das abgelehnte Heber-
einkommen ein Dekret erlassen. Eine paritätisch zusam-
gesetzte Kommission soll Vorschläge ausarbeiten, die einem
zu erstellenden Gesetzentwurf als Grundlage dienen sollen.
Man muß den Arbeitern künftig die Möglichkeit geben, der
Freund und nicht der Gegner der Unternehmer zu werden. —
Wie „Popolo d'Italia“ aus Neapel meldet, bestanden
Mitglieder des Verbandes einer landwirtschaftlichen Ge-
sellschaft in Stärke von 2000 Mann, die mit Ge-
wehren bewaffnet waren und rote Fahnen trugen, die Do-
mane Garibaldi, die größte Domäne des Königs-
lichen Hauses.

Rußland: Die Kaukasusfront durchbrochen?

Russische Blätter melden, daß ein Teil der Armee
des Generals Wrangel unter General Maworow die Bol-
schewikenfront zwischen Karajyn und Boronich durchbrochen
hat. Mehrere bolschewistische Divisionen sollen überlaufen
sein und sich an einem Aufbruch gegen die Bolschewiken
beteiligen. Die Polen haben Kamensk-Bodolst besetzt
und der Regierung Petljura als Sitz übergeben.

Friedensausichten in Riga.

„Daily Express“ berichtet aus Riga: In den Fried-
enspräliminarien, die in der Hauptkommission
der Friedenskonferenz unterbreitet, besteht er auf der
Anerkennung der litauischen und ukrainischen Unab-
hängigkeit durch England und Polen. Die von ihm
vorgeschlagene Grenze, die ziemlich weit östlich von der
jungenannten Grenzlinie verläuft, gibt Polen einen
Teil von Weißrussland, Wolhynien und die Eisenbahn-
linie Bialystok-Brest-Litowsk. Die Feindseligkeiten sol-
len 48 Stunden nach Unterzeichnung eingestellt werden.
Die Vorschläge enthalten den größten Teil der in den
polnischen Gegenentwürfen aufgestellten Bedingungen,
insbesondere hinsichtlich der Entschädigungen, der
Armee für politische Verbrecher, der Besatzung
von Kunstwerken, der Versorgung und der wirtschaft-
lichen und politischen Beziehungen. Polen und Rus-
land sollen sich verpflichten, den Durchtransport
von Truppen und Munition durch ihr Gebiet
sowie die Umverteilung von Meistern zugunsten irgend-
einer Macht, die sich mit einem der vertragsschließenden
Teile im Kriege befindet, nicht zuzulassen.

Die russischen Vorschläge haben in polnischen Krei-
sen allgemein einen sehr günstigen Eindruck hervor-
gerufen. Der Abschluß des Waffenstillstandes und des
Präliminarfriedens wird noch im Laufe dieser
Woche erwartet.

Schweden: Der Zug nach rechts.

Die zweite Kammer des Reichstages, die bisher aus
57 Konservativen, 14 Vertretern der Bauernorganisationen,
62 Liberalen, 86 Sozialdemokraten und 11 Antisozialisten
bestand, erhält nach Abschluß der Neuwahlen folgende Zu-
sammensetzung: 72 Konservative, 28 Vertreter der Bauern-
organisationen, 47 Liberale, 76 Sozialdemokraten und 7
Antisozialisten.

Aus Kaasphe und Umgegend.

Kaasphe, 1. Oktober. Mit der Kartoffelernte ist
in dieser Gegend begonnen worden. Die Erträge sind je nach
Lage der Felder verschieden. Die lange anhaltende regnerische
Witterung ist vielfach der Ernte nachteilig gewesen. Im allgemeinen
wird aber mit einer guten Mittelernte gerechnet.

Besseres Bier. Der Volkswirtschaftsausschuss des
Reichstages hat eine Verordnung angenommen, wodurch das Ma-
schinentent ohne Beeinträchtigung der Brotversorgung erhöht, die
Gefahr einer bevorstehenden Steigerung des Schnapskonsums
vermindert und den in allen Kreisen geäußerten lebhaften Wünschen
nach besserem Bier Rechnung getragen wird.

Kaasphe, 1. Oktober. (Beendigung des Streiks.)
Nach langen Verhandlungen und nachdem von beiden Seiten Zu-
geständnisse gemacht worden sind, ist es gelungen bei der Firma Bah-
mann zu einer Einigung gekommen. Die Arbeit ist heute morgen
wieder aufgenommen worden.

Endebruch, 1. Oktober. (Diebstahl!) Dem Landwirt
Wied im benachbarten Rudwisch, der für eine verkaufte Kuh
8000 Mk. eingenommen hatte, wurde in der darauf folgenden Nacht
der Betrag gestohlen. Es kann wohl mit Sicherheit angenommen
werden, daß der oder die Diebe mit den vorhergehenden häuslichen
Verhältnissen genau bekannt gewesen sind.

Aus dem Kreis, 1. Okt. Wie verlautet, wird der Preis für
das Pfund Fleisch von nächster Woche ab 12-15 Mark betragen.
Sollte sich das bewahrheiten, dann werden viele auf den Fleischmarkt
gänzlich freiwillig verzichten müssen, wozu sie bis jetzt gezwungen
waren. Es wird allgemein befürchtet, daß sich jetzt zahlreiche Vieh-
aufkäufer aus anderen Kreisen einfinden, die die Viehpreise in die
Höhe treiben. Hoffentlich schreiten die maßgebenden Behörden recht-
zeitig dagegen ein.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Familie Aug. Menn.

Heudingen, den 30. September 1920.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
— Bezirk Sieger- und Wittgensteinerland. —
Bureau Siegen, Obere Hauslingstraße 10/1 Tel. 1232.

Drei öffentliche

Versammlungen

am 3. Oktober, nachm. 3 Uhr in **Schwarzenau** Gastwirt Feige,
am 3. Oktober, abends 8 Uhr in **Berleburg** Hotel Wald,
am 4. Oktober, abends 8 Uhr in **Laasphe** Hotel Koch.

Vortrag über die Aufgaben der deutschen Frauen u. Männer in Gegenwart u. Zukunft.
Rednerin: Frau Reichstagsabgeordnete **Bertha Schulz, Herne.**

Freie Aussprache.

Die gesamte Bürger- und Arbeiterklasse, insbesondere die Frauen, sind freundlich zu diesen Versammlungen eingeladen. Die umliegenden Orte bitten wir, an diesen Versammlungen teilzunehmen.

Der Einberufer.

Voranzeige.

Der Regierungspräsident

Max König aus Ursberg

spricht Ende Oktober — Anfang November in einigen öffentlichen Volksversammlungen im Kreise Wittgenstein.

Stellen-Angebote:

2 Knechte, 2 Schreinergehilfen für Treppenaufbau.
4 Dienstmädchen.

Stellensuchende:

1 Klempner, 1 Schlosser,
1 Maurer, 1 Arbeiter,
1 Bürohilf, 1 Schreinerlehrling.

Stellenvermittlung erfolgt kostenlos.

Bezirks-Arbeitsnachweis
des Kreises Wittgenstein in Berleburg,
Jakob-Holbein, 42 (Landratsamt) Telefon Nr. 2, 15 u. 44.

Ziegelsteine

vorrätig. Lieferung bezugscheinfrei.
L. Ritter, Kommandit-Gesellschaft, Wallau.

Wichtig für alle Frauen und Mädchen von Laasphe und Umgebung!

Wir veranstalten für die Käufer unseres Lehrbuchs Ende Oktober im kleinen Saale des Gasthofs Koch, Laasphe, am Bahnhof, einen

Kursus

im Schnittzeichnen und Zuschneiden, sowie praktischen Anfertigen der gesamten Damen-Garderobe, Mädchenbekleidung und Leibwäsche.

Nachmittagskurse — Abendkurse, ohne Berufsbindung, wöchentlich 2 Stunden, Dauer 1/2 Jahr, Preis Mk. 110,—, einschl. Lehrplan.

Unser System ist selbst für weniger Begabte leicht faßlich und bietet sich nicht gleich wieder eine so passende Gelegenheit, die oben angeführten Fertigkeiten in wenigen Monaten zu erlernen. Jede Teilnehmerin verdient sich die geringen Kosten leicht wieder zurück, da eigene Garderobe nach Wunsch mit Hilfe der Lehrerin gefertigt wird. Eine Nachzahlung für Lehrmaterial ist ausgeschlossen. Es ladet ein

Stuttgarter Damenmoden-Schnittzeichnen- und Zuschneide-Meister Rosler & Romanke, Zentrale Stuttgart.

Liste zum Einzelzeichnen liegt bei Herrn Fuchs (Gasthof Koch), Laasphe, auf. Gefälligkeiten und Anmeldungen nimmt unser Personal entgegen, welches sich erlaubt, Sie demnächst zu besuchen.

Laasphe Lichtspiele

Nur einmal!
Sonntag den 2. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr

Die Herrin der Welt

6. Teil.

Die Frau mit den Milliarden.

Gutes Lustspiel.

Meisterwoche (Wochenschau.)

Es ladet höflich ein **Paul Fuchs.**

Gasthof Koch



Sportverein Wittgenstein 1919.

Am 3. Oktober 1920, nachm. 2 Uhr
finden auf dem unterhalb des
Bahnhofs gelegenen Sportplatz

Leichtathletische Bereinswettkämpfe

statt, bestehend aus 100, 500 u. 1000 m Lauf
— sowie Fünf- und Dreikampf. —

Ab 7 1/2 Uhr abends im Koch'schen Saale
Tanzvergnügen mit Theater
und Verlosung, nebst Ueberreichung der Preise.
Jeder ist uns herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Die Herbstneuheiten in Hüten und Mänteln

sind ausgestellt.

Tillmann Schmitt, Inh. Heiner Schmidt
Sittenbach.

Lüchtige Hauer

gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Menage vorhanden.

Grube Viktoria, Littfeld (Kreis Siegen)

Nur für Wiederverkäufer sehr lohnend.
Vom 3. — 8. Oktober im Hotel Salzhaus
in Frankfurt a. M. Ausstellung während der Messe.
Große Preiswürdigkeit in Glas u. Porzellan.
Albert Rosenthal, Nassau-Lahn.

TOD

allen Mäusen, Ratten und Hamstern

mit

„**Milli-Mors**“

Wirkung absolut sicher.

Unschädlich für Menschen, Haustiere u. Wild.

Erfolgreich bei
Max Hink
Wittgensteiner Drogerie
Laasphe.

Jagd-Verpachtung.

Die Jagd der Gemeinde Herberichshausen soll am
Mittwoch den 13. Oktober ds. Js.,
nachmittags 2 Uhr

in der Wirtschaft Weber dafelbst auf die Dauer von
6 Jahren, beginnend mit dem 20. Dezember 1920, öffentlich
meistbietend verpachtet werden.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gegeben,
können auch vorher bei dem Unterzeichneten eingesehen
werden.

Herberichshausen (Ans. Wittgenstein), den 28. 9. 1920.

Der Jagdvorsteher.

Sahmannshausen.

Landwirtschaftl. Winterschule des Kreises Wittgenstein zu Grudtebrück.

Der Unterricht beginnt am 2. November.
Ältere Landwirte können als Hospitanten die Schule
in einem Winter absolvieren. Anmeldungen können
nur noch bis 15. Oktober entgegengenommen werden.

Der Direktor.

Sopp

Moderne

Winter-Mäntel

für

Damen und Mädchen

aus guten Stoffen in allen Farben, desgleichen

Bozener-Mäntel

für Herren

sind neu eingetroffen und empfiehlt in allen
Preislagen

Laasphe J. J. Mez.

Telefon Nr. 196.

An unsere Feindinger Abonnenten!

Das Einzahlen der Abonnements Beträge durch
Frau Karoline Roth ist durch ein Mißverständnis entstanden.
Wir bitten unsere alten treuen Abonnenten und auch
diejenigen, die unser Blatt neu beziehen wollen, das
Abonnement, sofern es noch nicht geschlossen ist, unverzüglich
bei der Postagentur zu bewirken, damit in der Zustellung
keine Unterbrechung eintritt. Bereits erschienene Nummern
werden kosten frei nachgeliefert. Die irrtümlich erhobenen
Abonnements-Beträge können bei Karoline Roth wieder
in Empfang genommen werden.

Geschäftsst. d. Wittgensteiner Zeitung.

Offertiere ab Lager:

Weißkraut
Rothkraut.

Ferner offeriere ich:

Runkelrüben
Zuckerrüben
Gelbe Kohlraben
Speise- u. Futter-
möhren
Koch- u. Viehsalz

in Fässern u. Wagonladungen
zu außerst billigen
Preisen.

Adolf Schäfer,
Niederlaasphe,
Telefon Laasphe Nr. 42.
Alle Sorten

Lampen

werden stets zu den höchsten
Tagespreisen angeboten, auch
gegen prima Strickgarn
umtauscht.

Jakob Moses,
Laasphe,
Telef. 181.

Brennholz

jede Menge zu kaufen
gekauft. Angebote mit
Preis pro 10000 kg an
Josef Voß, händl.,
Hanns i. W.,
Herne 157.

Kräge

und unentgeltlich
zusend. Jeder derzeitig
zusend. a. prompt in 2 Tagen
ohne Berufsbindung die 1000
nach bewährte geistige Ein-
wirkung „Wahrheit“ 1. Nr.
8 50. Apotheker **Schulte,**
Goslar 20.

Veraltete hartnäckige

Gicht u. Gichtaus-

schläge

heilt ohne jegl. Berufsbindung

Willy Gross, Heilkundiger,

Dillingen 8/L.

Kirchlicher Anzeiger

Evangelischer Gottesdienst

in Laasphe.

18. S. nach Trin., 3. Oktober.

Vorm. 10 Uhr: P. Bauer.

11 1/2 Uhr: Kinder Gottesdienst.

Nachm. 5 Uhr: P. Adams.

Sammlung f. bibl. Theologie-
Studierende in Bonn.